

# Handlungsempfehlungen zu den Herausforderungen Digitaler Mobilität

## Ergebnisse aus der Ideenschmiede Digitale Mobilität

Rund 20 Mobilitätsexpertinnen und -experten aus Wirtschaft, Forschung, Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand diskutierten bei sechs Terminen vielfältige Herausforderungen und Zukunftschancen. Dabei formulierten sie Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Mobilität in Stadt und Land, zudem entwickelten sie Projektideen und Investitionsvorschläge. Darüber hinaus empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landesregierung, die folgenden Leitlinien bei der Gestaltung von digitalen Mobilitätslösungen zu beachten.

### Rolle der öffentlichen Hand als relevante Steuerungsinstanz sichern und stärken

Die öffentliche Hand sollte in der sich neu konstituierenden Akteurslandschaft ihre Gestaltungsaufgabe bewusst wahrnehmen und Rahmenbedingungen frühzeitig und proaktiv mitgestalten. Dazu ist es unter anderem notwendig, dass sich die Verwaltung stärker mit außenstehenden Akteuren vernetzt und damit externes Know-how, zum Beispiel aus der Zivilgesellschaft, in geeigneten Formaten und Prozessen einbindet. Die Förderung einer verwaltungsinternen „Start-up-Mentalität“ sowie neuer, interdisziplinär geprägter Zusammenarbeit können die Fähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu Innovation und Veränderung entscheidend anheben.

### Experimentierräume schaffen

Für eine nutzerzentrierte Ausgestaltung von Produkten und Dienstleistungen ist deren frühzeitige Erprobung, das Sammeln von Erfahrungen und der Einbezug der Nutzerinnen und Nutzer wichtig. Die Schaffung von Experimentierformaten wie Hackathons zählt daher zu den wünschenswerten Formaten, mit denen die öffentliche Hand eine stärker proaktive Rolle im Feld von Mobilität und Digitalisierung wahrnehmen kann. Experimentierräume in Quartieren, Städten und Regionen des Landes helfen dabei, neue Konzepte und Lösungsansätze in einer realitätsnahen Umgebung umzusetzen.

### Vernetzung und neue Kooperationsformen fördern

Der Austausch in Netzwerken und der daraus entstehende Wissenszuwachs und Erfahrungswert wirkt als Innovationstreiber, wenn dieser zielorientiert und im Einklang mit der politischen Agenda erfolgt. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit von Ämtern und Behörden sowie neue Kooperationsformen zwischen öffentlichen und privaten Partnern helfen bei der zielgruppenspezifischen Ausgestaltung von digital gestützten Angeboten. Die öffentliche Hand sollte künftig verstärkt anstreben, in eine aktive, agierende Rolle zu gehen, anstatt auf Entwicklungen „nur“ zu reagieren.

### Pilotprojekte ganzheitlich denken und verstetigen

Vor dem Projektstart sollen Erfolgs- und Wirtschaftlichkeitskriterien klar definiert werden, um die Voraussetzung für eine Verstetigung herbeizuführen. Gleichzeitig soll die Möglichkeit des Scheiterns stärker in das Bewusstsein von Verwaltungshandeln gerückt werden. Dies erfordert nicht zuletzt einen toleranteren Umgang mit Fehlern. Zudem sollen bei künftigen Projekten gesellschaftliche Folgewirkungen stärker berücksichtigt werden. Beim Übergang in den Dauerbetrieb entsteht häufig eine „harte Kante“, die es abzufedern gilt. Angepasste Projektlaufzeiten unterstützen diesen Prozess.

### Lösungsansätze und Förderkriterien differenzieren

Lösungsansätze, Konzepte und Förderkriterien sollten stärker differenziert werden, da sich Rahmenbedingungen in Stadt und Land unterscheiden. Städtebau und Raumplanung sollten frühzeitig und stärker als bisher in die Ausgestaltung der digital gestützten Mobilitätskonzepte einbezogen werden. Es braucht einen „Baukasten“, aus dem zielgruppenorientiert passende Konzepte abgeleitet werden können.

### Datenhaltung neu denken

Die öffentliche Hand ist eine vertrauensvolle und transparente Institution. Sie sollte künftig relevante Daten auf öffentlich zugänglichen Plattformen bündeln, aufbereiten und zugänglich machen. Die Daten sollen in ein Gesamtsystem eingebettet sein, das idealerweise bundes- oder europaweit abgestimmt ist. Die darin enthaltenen Standards (Schnittstellen und Nutzungsrechte) sollen unter Einbeziehung der relevanten privaten und öffentlichen Stakeholder austariert werden.

### Bedienung von Randgebieten und Randzeiten fördern

Auch ländliche und wirtschaftlich schwache Regionen sollten in die Gestaltung digital unterstützter Mobilitätsangebote eingebunden werden. Für Mobilitätsanbieter sollten Anreize, aber auch Verpflichtungen zur Bedienung von privatwirtschaftlich nicht tragbaren Gebieten oder Zeiten geschaffen werden. Hierzu bieten sich Kriterien in Verknüpfung mit Förderungen an.

### Nutzer zu Datenschutzfragen sensibilisieren, Datensouveränität fördern

Transparenz und Datensouveränität bilden zentrale Leitlinien einer digitalen Ethik. Die Datensouveräni-

tät sollte dabei grundsätzlich zunächst bei den Nutzerinnen und Nutzern, beziehungsweise bei den Datenerzeugerinnen und -erzeugern liegen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die Transparenz hinsichtlich der Datenerhebung und -verarbeitung. Hierzu braucht es Standards und Regeln, um Transparenz zu gewährleisten und die Datensouveränität bei den Nutzerinnen und Nutzern zu fördern. Gleichzeitig sollte es eine Verpflichtung zur Veröffentlichung bzw. Bereitstellung ausgewählter Daten geben.

### Einheitliche Standards schaffen

Für eine digital gestützte Mobilität sollten bestehende Standards konsequent berücksichtigt werden. Zusätzlich sollte in unterschiedlichen Handlungsfeldern (darunter die Bereitstellung von Daten in gängigen Standardformaten oder Car-to-X-Communication) auf einheitliche Standards hingewirkt werden. Hierfür gilt es, ein (zumindest) EU-weites Regelwerk zu schaffen.

### Verkehrslenkung stärker an umwelt- und gesellschaftsrelevanten Kriterien ausrichten

Als Verwalterin von Schutzgütern kommt der öffentlichen Hand die Aufgabe zu, einen regulatorischen Rahmen schaffen, der es erlaubt, Umweltschutz und Sozialverträglichkeit konsequent zu berücksichtigen sowie Gebietsqualitäten und kritische Infrastrukturen zu garantieren. Die Möglichkeiten der Regulierungen können hierbei sowohl Infrastrukturen (bauliche Maßnahmen) als auch verstärkte Kontrollen umfassen.